

Radio SRF, Echo der Zeit mit Christina Scheidegger.

Das große Thema an diesem 20. März, die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS.

Wir fassen die Ereignisse des Tages zusammen und wir fragen den Bankenexperten Urs Birchler nach seiner Einschätzung der Situation. Sie fällt nicht allzu optimistisch aus.

Mich persönlich überzeugt die Lösung nicht bzw. gebe sogar zu, ich schlafe schlecht.

Dann wollen wir wissen, was ist denn nun eigentlich mit den too big to fail Regeln, die man für solche Krisen entwickelt hatte? Und was genau bekommt die UBS von der CS?

Dann, der Weltklimarat macht Druck mit einem neuen Bericht.

Das Ziel, die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu beschränken, sei zwar noch erreichbar, aber nur mit drastischen Maßnahmen.

Und die EU-Staaten wollen gemeinsam Munition beschaffen. Eine Premiere.

Die Übernahme der Großbank CS durch die UBS, auf Geheiß des Bundesrats, hat heute viel zu reden gegeben, auch an der Börse.

Nach der ersten Aufregung heute morgens scheint sich nun die Lage etwas zu beruhigen.

Die Tageszusammenfassung von Wirtschaftsredaktor Jan Baumann.

Am Vormittag zuerst die happige Korrektur.

Die Aktien der Credit Suisse sagten nach der Notübernahme schlagartig auf ziemlich genau den Preis ab,

den die UBS für ihre gestrauchelte Rivalen zu zahlen bereit ist, nämlich 76 Rappen pro Titel.

Damit hat der Markt nachvollzogen, was seit Sonntagabend die neue Realität ist.

Die Schweiz hat künftig nur noch eine Großbank.

Und die CS ist lediglich einen Bruchteil dessen wert,

was sie noch vor wenigen Wochen am Aktienmarkt auf die Waage brachte.

Weniger spektakulär, aber überraschender, dass auch die UBS-Aktien zunächst massiv an Wert einbüßen.

Doch nach dem Mittag wendete sich das Blatt und die Titel treten deutlich ins Plus.

Offenbar scheinen die Investorinnen und Investoren der UBS zuzutrauen,

dass sie sich mit dem Kauf der CS für günstige 3 Milliarden Franken nicht übernommen hat.

Wie genau die einzelnen CS-Teile in die UBS eingefügt werden sollen, darüber herrscht zwar noch keine Klarheit.

Aber für viele erscheint es zumindest plausibel, dass die UBS dank der CS-Übernahme nicht nur an Größe gewinnt,

sondern der einst auch zusätzliches Geld verdienen kann.

Soweit das heutige verdickt, der Börse.

Ganz anders das Geschehen in der Politik.

Hier gibt es Diskussionen über die günstige Bankenregulierung.

Die Frage nach der Schulter am Niedergang der CS wird gestellt.

Und auf dem Bankenplatz Zürich hat sich die kantonale Finanzdirektion daran gemacht, in finanziellen Schaden abzuschätzen.

Das Verschwinden der CS als eigenständiger Bank

werde sich negativ auswirken auf die Steuereinnahmen.

Die Ausfälle seien aber verkraftbar, hieß es an einer Medienkonferenz am Nachmittag.

Die CS-Übernahme beschäftigt uns später weiter, zuerst aber die Nachrichten mit Yvonne Lambricka.

Russlands Präsident Vladimir Putin hat den chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Moskau empfangen.

Vor Beginn der Gespräche gratulierte Putin Xi zu seiner Wiederwahl als chinesischer Präsident und sagte, Russland sei offen, um sich chinesische Vorschläge für eine politische Lösung in der Ukraine genauer anzuschauen.

Der chinesische Präsident Xi lobte im russischen Fernsehen die engen Beziehungen zwischen Moskau und Peking,

die beiden Länder seien Partner und würden eine umfassende strategische Zusammenarbeit pflegen.

Der Staatsbesuch von Xi in Russland dauert insgesamt drei Tage.

Wir bleiben gleich in Russland.

Dort eröffnet die Justiz ein Strafverfahren gegen die Verantwortlichen des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

Dies nachdem der Gerichtshof am Freitag einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Vladimir Putin erlassen hatte.

Ihm werden Kriegsverbrechen vorgeworfen.

Laut der russischen Justiz gibt es keine Gründe für einen Haftbefehl.

Eine Inhaftierung von Putin sei zudem illegal, weil er als Präsident vor einer Strafverfolgung geschützt sei.

Sieben Milliarden Euro. So viel Geld ist an einer Geberkonferenz gesammelt worden für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien.

Das sagte der schwedische Regierungschef Ulf Christa schon nach der internationalen Konferenz in Brüssel.

Die Schweiz stellte 8,5 Millionen Franken zur Verfügung, wie ein delegierteres Bundesrats bekannt gab.

Bei den Beben Anfang Februar waren im Südosten der Türkei und im Norden Syriens mehr als 50.000 Menschen ums Leben gekommen.

Millionen sind obdachlos.

In die Schweiz. Die Politik in Lausanne ärgert sich über die Bauverzögerungen am Bahnhof Lausanne.

Die SBB und der Bund hatten am Freitag informiert, dass die Bauarbeiten 4,5 Jahre später abgeschlossen werden im Jahr 2037.

Der Grund, weil die Pläne nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entsprechen, müssten sie überarbeitet werden.

Heute nun haben sich vertreten der aller Parteien an einer gemeinsamen Medienkonferenz dazu geäußert.

Sie fühlen sich im Vergleich zu Verkehrsprojekten in anderen Schweizer Regionen benachteiligt und fordern, dass der Bund allfällige Mehrkosten übernimmt.

Laut der SBB, die an der Medienkonferenz auch vertreten war, besteht Erklärungsbedarf.

Sie hat daher die Vorsitzenden der Lausanne Partei zu einem Treffen eingeladen.

Im zweiten Pandemiejahr 2021 haben der Bund die Kantone und die Gemeinden insgesamt 8,8 Milliarden Franken an Sozialleistungen ausgegeben.

0,7% mehr als im Jahr zuvor, wie das Bundesamt für Statistik mitteilt.

2021 hätten gut 800.000 Personen mindestens eine Sozialleistung bezogen, was 9,3% der ständigen

Schweizer Wohnbevölkerung entsprochen habe.

Der Online-Händler Emerson will 9.000 weitere Stellen streichen.

Der US-Konzern teilte mit, Emerson habe sich entschieden, die Kosten und den Personalbestand zu reduzieren,

deswegen der unsicheren Wirtschaftslage und der ungewissen Zukunft.

Im Januar hatte Emerson bereits bekannt gegeben, dass 18.000 Stellen abgebaut werden.

Anders war es während der Pandemie, weil viele Menschen online statt im Laden eingekauft haben, hatte der Online-Händler Emerson zusätzliche Mitarbeitende eingestellt.

Die Belegschaft hatte sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Die Börsendaten von 18.06, geliefert von 6, der Swiss Market Index schließt bei 10.644 Punkten plus 0,3%.

Der Dow Jones Index in New York steigt um 1,1%, der Euro wird zu 99 Rappen 33 gehandelt und der Dollar zu 92 Rappen 60.

Und das Wetter?

In der Nacht ist es oft klar, morgen ist es beizeits der Alpen am Vormittag trotz Schleierwolken noch recht sonnig.

Ab dem Mittag ziehen aus Westen teils dichtere Wolkenfelder auf.

Die Temperatur reicht rund 17 Grad.

Das ist das Echer der Zeit auf Radio SRF, die CS-Übernahme, unser Schwerpunkt in den nächsten Minuten.

Und dann geht es um den Weltklimarat, der in einem neuen Bericht drastische Maßnahmen gegen den Klimawandel fordert

und um die EU-Länder, die in der gemeinsamen Verteidigungspolitik neue Wege beschreiten und zusammen Munition beschaffen.

Es ist das Thema des Tages, die Zwangsheirat auf dem Schweizer Finanzplatz.

Die UBS kauft die Queddi Swiss für drei Milliarden Franken.

Der Staat garantiert für gewisse Ausfälle, die der UBS deswegen drohen könnten.

Das sei die beste Lösung, hieß es am Sonntagabend von Bundesrat und Nationalbank, etwa von SNB-Präsident Thomas Jordan.

Ein Konkurs der Queddi Swiss hätte schwerwiegende Folgen für die nationale und internationale Finanzstabilität und somit auch für die Schweizer Volkswirtschaft nach sich gezogen.

So weit Thomas Jordan. Urs Birchler war Mitglied der Direktion der SNB, der Nationalbank und ist demeritierter Professor am Institut für Schweizerisches Bankenwesen an der Universität Zürich.

Die beste Lösung mit dieser Einschätzung ist er überhaupt nicht einverstanden, wie er mir im Gespräch erklärte.

Ich habe meine Zweifel, ob das langfristig wirklich die beste Lösung ist.

Ich anerkenne, dass die Behörden in einem sehr schwierigen Entscheidungsproblem stecken, sicher auch unter teilweise unvollständiger Information und unter Zeitdruck entscheiden mussten.

Aber mich persönlich überzeugt die Lösung nicht, beziehungsweise ich gebe sogar zu, ich schlafe schlecht.

Und wieso genau?

Wir haben jetzt eine Riesenbank in der Schweiz, sie ist im Verhältnis zur Wirtschaftstätigkeit viel grösser,

als irgendeine Bank im Ausland zur respektiven Wirtschaftskraft.

Gleichzeitig haben wir immer noch eine aufgeblähte Nationalbankbilanz mit einer aufgeblähten Notenbank-Geldmengen.

Und beides hängt insofern zusammen, als man ein Rückfahren dieser Notenbank-Geldmengen nicht gut machen kann,

ohne dass die Zinsen steigen, was dann wiederum die Banken belastet,

so dass wir in der Zukunft irgendwo lavieren müssen zwischen einer richtigen Geldpolitik und einer vorsichtigen Politik in Bezug auf die Finanzstabilität.

Das ist nicht gut.

Also ich verstehe Sie richtig, das Problem ist vor allem, dass man quasi bei allen Entscheidenden, die man trifft in Sachen Geldpolitik, Finanzplatz etc., viel zu fest Rücksicht nehmen muss auf diese große, große Bank, die den Schweizer Finanzplatz künftig dominiert.

Das ist die Gefahr.

Die Dominanz dieser Bank hat aber auch andere Nachteile, wettbewerbspolitische Nachteile.

Sie wird sicher im Hypothekarmarkt als Preisführerin angesehen werden von den anderen Banken.

Also da geht ein Stück Wettbewerb verloren.

Und das kostet die Schweizer Eigenheimbesitzerinnen und Besitzer paares Geld.

Sie sind also gelinde gesagt kein Fan der aktuellen Lösung.

Wie hätte man das Problem denn Ihrer Meinung nach angehen sollen?

Ich habe natürlich nicht die Informationen, die die Entscheidungsträger zur Verfügung hatten, aber meine erste Frage wäre die.

Worum haben wir nach X-Arbeitsgruppen, nach drei grösseren Bankenkrisen,

nach verschiedenen Gängen ins Parlament eine Lösung erarbeitet,

ein Drehbuch für Bankenkrisen, die Tubik-to-Fell-Gesetzgebung,

die wir dann, wenn der Moment gekommen ist, einfach wegschmeißen.

Also das kann man gar nicht brauchen.

Tubik-to-Fell, das ist ja der Moment, wenn eine Bank zu groß zu bedeutend ist, um sie konkurs gehen zu lassen und somit dem Bund nichts anderes übrig bleibt, als finanziell einzuspringen.

Nun sind die Krisen 2008 die Übersrettung, jetzt die CS-Rettung,

aber auch anders gelagert, hört man.

Heute geht es um Vertrauen.

Kann man diese Regeln überhaupt anwenden auf einen Fall wie die CS jetzt?

Ich bin immer noch der Meinung, man müsste,

oder wenn man es nicht tut, müsste man ganz explizit und genau sagen, warum man es nicht gemacht hat.

Darum hat man sich ja ziemlich herumgedrückt.

Ich weiß nicht, ob es irgendwas mit Druck aus dem Ausland zu tun hat.

Also da besteht auch noch Klärungsbedarf.

Und was ich selber natürlich tragisch finde,

ist, man hat jetzt diese Regeln nicht gewagt,

anzuwenden auf das Problem CS.

Man hat neu das Problem UBS plus CS, das ist genau dreimal größer.

Was soll man dann machen?

Dann sind wir wieder im Tubiktofail-Modus.

Nachdem uns die Behörden Filma und Nationalbank versprochen haben,
das nächste Mal kommt nicht vor,
weil das nächste Mal haben wir die Tubiktofail-Instrumenten,
mit denen wir eine Bank ohne Scherbenhaufen abwickeln können.
Hat man uns angelogen, oder waren die Behördenvertreter der Arten kompetent,
dass sie sich so schwer verschätzt haben?
Eine Lösung, die nun auch diskutiert wird,
von der man hört, wäre eine mögliche Verstaatlichung der CS.
Der Staat übernimmt die Credit Suisse, bricht die Bank auf,
verkauft dann die Einzelteile in aller Ruhe.
Wäre das Ihrer Meinung nach vielleicht die sicherere Variante gewesen?
Also ich muss gestehen, ich bin eigentlich ein liberaler Geist.
Ich glaube nicht, dass der Staat für solche Aufgaben wie Eigentum an einer Bank
langfristig sehr geeignet ist.
Aber kurzfristig wäre es wohl gescheiter gewesen.
Man hätte den Staat die CS übernehmen lassen
und dann für Vertrauen im Publikum gesorgt, das Kangerstaat,
und sich die Zeit genommen, die CS oder eben Teile davon
sorgfältig über die Zeit hinzuverkaufen.
Auch wenn in dieser Zeit das volle Risiko, dass es vielleicht schief geht,
beim Staat, beim Bund, bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen liegt?
Ja, es liegt auch jetzt noch ein Risiko beim Bund und den Steuerzahlen
mit diesen 9 Milliarden, die man gratis notabene garantiert.
Und das ist ein langfristiges Problem.
Verglichen mit dem wäre eine kurzfristige Risikotragung,
möglicherweise billiger gewesen.
Man kann so ein bisschen den Eindruck bekommen,
die UBS-Tour der Schweiz mit dieser Übernahme angefallen.
Der Bundesrat Karin Keller-Suter, die Finanzministerin,
hat sich gestern auch bedankt bei der UBS.
Ist das nicht aber potenziell auch ein Riesengeschäft für die UBS?
Wenn die Bank die grösste Konkurrentin jetzt doch recht billig übernehmen kann?
Das ist zweischneidig.
Also was man noch wissen müsste wäre, was die Behörden der UBS
noch stilles Schweigen oder ausdrücklich versprochen haben.
Oder was sich die UBS erhofft, was dann geschehen,
wenn sie mal irgendetwas vom Bund braucht.
Das weiß ich alles nicht.
Für die UBS ist das Ganze eine ganz zweischneidige Sache.
Die UBS wird in den nächsten Jahren sehr stark beschäftigt sein,
die CS irgendwie zu integrieren oder aufzuteilen und wieder zu verkaufen.
Und es war ja nicht so bisher, dass die UBS zu wenig mit sich selber zu tun hatte.
Die steht auch in einem intensiven und nicht zu sagen brutalen internationalen Wettbewerb.
Ich glaube nicht, dass sie sich jetzt noch unbedingt eine Intensivstation

zulegen wollte separat.

Natürlich kann es ein Geschäft werden,

aber auch dieses Geschäft ist mit einer großen Belastung verbunden.

Das sagt der emeritierte Banken-Professor Urs Birchler.

Während fast 30 Jahren bis 2009 war er Mitglied der SNB-Direktion.

Sie war Thema im Gespräch, die Two Big Two Fail Regulierung.

Die Gesetze, die die Politik beschlossen hatte,

nachdem Bund und Nationalbank 2008 die UBS retten mussten.

Konkret wollte man die finanziellen Anforderungen so stark erhöhen,
damit Großbanken stabil sind.

Und man definierte Regeln, wie im Falle einer Krise eine Großbank trotzdem abgewickelt werden kann.

Diese Regeln habe man nun in der aktuellen Krise einfach weggeschmissen

und als nicht brauchbar eingeschätzt, so Birchler.

Da stellen sich einige Fragen.

Aus dem Bundeshaus Oliver Washington.

Die historisch Interessierten mögen sich sicher noch daran erinnern.

Nach der UBS-Rettung diskutiert hätte die Politik 2011

ausgiebig über die Two Big Two Fail Regeln.

Das Resultat?

Ein Gesetz, das jetzt offensichtlich nicht taugt,

stellte gestern auch Finanzministerin Karin Keller-Sutter fest.

Ich habe auch viel darüber nachgedacht in den letzten Stunden.

Jetzt hat man eine Two Big Two Fail Gesetzgebung.

Und jetzt hat man einen Fall, der diese eigentlich gar nicht richtig abbildet.

Und eigentlich kann man diese Instrumente, die vorgesehen sind, fast nicht anwenden.

Gemäß Two Big Two Fail Regeln soll in einer Konkursituation einer Großbank

das gesunde Geschäft von der Bank abgespalten und der Rest in Konkurs geschickt werden.

Doch das war jetzt keine Option.

Das hätte, also ich würde sagen, mit ziemlicher Sicherheit eine Finanzkrise ausgelöst.

Doch die Two Big Two Fail Regeln gehen weiter.

Die schärferen finanziellen Anforderungen sollten das Fundament der Großbanken stabilisieren.

Je stabiler dieses, desto größer das Vertrauen.

Muss man hier also nachschüstieren?

Karin Keller-Sutter beantwortet diese Frage nicht direkt,

aber diese Aussage lässt erahnen, dass sie skeptisch ist.

Wissen Sie, Sie können Vertrauen nicht regulieren.

Sie können auch, sage ich es jetzt, kulturelle Fälle nicht weg regulieren.

Das ist halt wieder eine andere Geschichte.

Tatsächlich macht Schöne Bankenprofessor an der Universität Zürich widerspricht.

Es gab nicht genug Eigenkapital für Krediswissen.

Er ist überzeugt, dass mit mehr Eigenkapital der Vertrauensverlust in die CES

und damit der Mittelabfluss der letzten Wochen und Monate hätte verhindert werden können.

Denn mehr Eigenkapital bedeutet vor allem mehr Stabilität, also mehr Vertrauen.

Und sagt Schöne.

Am Ende des Tages muss die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen.

Die Politik hat 15 Jahre gewartet, zwischen 2008 und 2023.

Und plötzlich sucht eine Lösung in der letzten Minute.

Was hat die Politik in diesen 15 Jahren gemacht?

Es ist nicht nur ein Versagen der Krediswissen,
es ist ein Versagen der Finanzgesin und Wirtschaft
und es ist ein Versagen der Politik.

Tatsächlich lohnt sich ein Blick zurück.

2011 beriet das Parlament die Tubig-to-Fail-Regeln.

SP und Grüne forderten schon damals eine substanzielle höhere Eigenkapitalquote
für Großbanken, doch wollten die Bürgerlichen davon nichts wissen.

So sagte etwa der damalige Präsident der CVP Christoph Darbillé in der damaligen Ratsdebatte.

Es ist auch eine Menace für die Finanzplätze.

Wenn die Banken mehr Eigenkapital halten müssten,
seien sie im Wettbewerb mit ausländischen Banken nicht konkurrenzfähig
und das würde den Finanzplatz gefährden.

Und der damalige SVP-Nationalrat Hans Kaufmann sagte zum Antrag der SP,
Dieser Antrag ist für den Standort Schweiz Existenz gefährdet,
vor allem für die Industrie.

Mit höheren Eigenkapitalanforderungen müssten die Banken mehr Kapital auf dem Markt
aufnehmen,

das fehlte dann der Wirtschaft.

Mit diesen Argumenten bodigten die Bürgerlichen die Forderung der SP.

Wenig überraschend ist Roger Nordmann überzeugt,

dass das Parlament damals besser anders entschieden hätte.

Der heutige Fraktionschef der SP sah es auch damals schon im Rat.

Die Geschichte gibt uns eindeutig recht.

Wir haben identifiziert, dass es große Risiken gibt mit den Großbanken
und dass die Tubiktuffeil-Gesetzgebung nicht ausreicht, um das fortzubeugen.

Und die Bürgerlichen wollten absolut freie Hand an den Banken geben.

Und das Resultat ist jetzt, dass die Schweiz 209 Milliarden in dieser Rettung riskieren muss.

Die SP fordert deshalb nochmals wie 2011 mehr Eigenkapital,
aber auch etwa die Aufteilung der UBS in eine risikoreichere und eine risikowernere Bank.

Gibt die Geschichte der SP also recht?

Auch Mittepräsident Gerhard Pfistersaas 2011 schon im Nationalrat.

Es geht mir nicht darum, wer heute Recht bekommt.

Ich glaube, es ist auch nicht das anliegende Link.

Aber wir müssen sehen, dass Eigenkapital offenbar ein ganz, ganz großer Versicher ist gegen solche
Krisen.

Und deshalb müssen wir wirklich darüber nachdenken,
ob das Eigenkapital nicht erhöht werden muss bei den Banken.

Tatsächlich sind die Bürgerlichen Gegner von damals auch FDP und SVP

heute unisono der Meinung, dass man die Situation analysieren und allenfalls nachschüstieren muss.

Denn es dürfe nie mehr vorkommen, dass der Staat den Kollaps einer Großbank verhindern und diese de facto retten muss.

Bundeshausredaktor Oliver Washington

Normalerweise, wenn eine Firma eine andere übernehmen will, untersucht sie genau, welche Teile interessant sein könnten, wo sich Doppelspurigkeiten ergeben und vor allem, welche versteckten Probleme auf die Käuferin warten könnten.

Für die sogenannte Due Diligence, die sorgfältige Prüfung, blieb bei der gestrigen Übernahme aber keine Zeit.

Auch deshalb fragt sich heute nicht nur die Teppichetage der UBS, welche Teile der CS lohnen sich wirklich und wo verstecken sich Risiken.

Der Beitrag von Sven Zauk gelesen von Philipp Meier.

UBS-Verwaltungsratspräsident Korn Kelleher strich gestern bei der Präsentation der Übernahme vor allem eines heraus.

Die enormen Möglichkeiten, die sich aus der Übernahme für die UBS ergeben und tatsächlich hält die CS einige viele Stücke bereit.

Zum einen ist da die Schweizer Geschäftsbank.

Sie war unter der Leitung von Andre Helfenstein letztes Jahr der profitable Anker, während der Rest der Gruppe von Verlust zu Verlust taumelte.

Die Bankanalysten schätzen den Wert der Sparte auf 10 Milliarden Franken mehr als der Marktwert der gesamten Gruppe vor der Übernahme durch die UBS.

Ein Teil davon ist für die UBS besonders interessant, sagt Andreas Venditti, Analyst bei der Bank von Tobel.

Im Schweizer Geschäft, gerade im Gewerbe- und Findenkundenschäft, denke ich, war CS sehr stark positioniert.

Wahrscheinlich fast noch etwas besser als UBS und insofern gewinnt hier UBS sicher noch etwas dazu.

Doch so einfach ist die Einverleibung des Schweizer Geschäfts nicht.

IT-Systeme müssen zusammengelegt, Doppelspurigkeiten ausgemerzt und Personal entlassen werden.

Kommt hinzu, Unternehmen, die die Credit Suisse und die UBS als Geschäftsbank nutzen, möchten vielleicht auch künftig nicht ihre ganzen Gelder bei einer einzigen Bank deponieren, wenn Ditti sagt.

Insgesamt ist es natürlich schon so, dass es wahrscheinlich deutliche Überlappungen geben wird von Kunden, die sowohl bei UBS als auch bei Credit Suisse eine Kundenbeziehung haben.

Und es ist natürlich davon auszugehen, dass gewisse Kunden danach eine bessere Diversifikation suchen werden

und dementsprechend sich auch weitere Banken suchen werden, mit denen sie eine Beziehung haben möchten.

Freuen darf sich die UBS über die Vermögensverwaltung der CS. Auf dem Geschäft mit Vermögenden Privatkunden, dem sogenannten Wealth Management, lassen hohe Erwartungen.

Obwohl viele Kunden in den letzten Monaten Gelder abzogen, ist die CS vor allem in Schwellenländern und Asien immer noch stark und damit eine gute Ergänzung.

Allerdings ist längst nicht sicher, dass hier die Zusammenführung so einfach ist, glaubt Ökonom Adriel Joost.

Denn die reichen Kunden sind oft aus bestimmten Gründen bei der einen Bank und nicht bei einer anderen.

Entscheidend ist oft die persönliche Beziehung.

Es hängt natürlich dann davon ab, wie viele Kundenberater dann tatsächlich bei der neuen UBS dann auch angestellt sind,

weil die machen dann schlussendlich den Unterschied, ob ein Kunde tatsächlich auch seine Vermögen transferiert zu neuen Bank.

Klar ist, die Herausforderungen für die neue UBS sind gewaltig.

Und es besteht die Gefahr, dass das UBS-Management noch über die eine oder andere Unbekannte in den Büchern der Credit Suisse stolpert.

Ökonom Adriel Joost?

Nicht einmal die Verantwortlichen der Credit Suisse haben wirklich den Überblick gehabt über die Risiken in ihrem eigenen Laden.

Und wenn wir ihre zwei komplexe Gebilde haben, die kombiniert werden, da ist es eigentlich eine komplette Überforderung,

dass man den Überblick über die Risiken tatsächlich hat.

Dass in den Büchern der Credit Suisse böse Überraschungen in Milliardenhöhe schlummern könnten, weiß auch das UBS-Management.

Für die UBS ist die Übernahme trotz lukrativer viele Stücke ein Teufelsritt mit vielen Unbekannten. Denn selbst von langerhand geplante Übernahmen haben keine Erfolgsgarantie.

Nicht zuletzt deshalb hat sich die Bank abgesichert, mit Garantien von Bund und Nationalbank in Milliardenhöhe.

Die Rettung der Credit Suisse ist nicht nur in der Schweiz ein großes Thema, die Übernahme durch die UBS macht auch weltweit Schlagzeilen.

Denn dass Banken Krisen nicht an der Landesgrenze halb machen, das weiß man aller spätestens seit der Finanzkrise von 2008.

Wie also sieht man die Ereignisse im Ausland an den wichtigen Handelsplätzen?

Wir blicken in die USA nach Großbritannien und Deutschland in den nächsten Minuten.

Zuerst im Fokus die USA, Korrespondentin Barbara Colby.

Das hat seltenheitswert.

Ein Bild einer Bundesratsmedienkonferenz auf der Titelseite des renommierten Wall Street Journal.

Doch die Übernahme der CS durch die UBS ist die heutige Titelgeschichte und zeigt, wie genau man die Entwicklung in den USA verfolgt.

Finanzministerin Janet Yellen und US-Notenbankchef Jerome Powell begrüßen die Ankündigungen der Schweizer Behörden umgehend.

Zur Unterstützung der Finanzstabilität, wie sie in einer gemeinsamen Mitteilung verlauten ließen. Gelöst ist die Bankenkrise in den USA damit allerdings nicht.

Der Untergang der Silicon Valley Bank löste eine Schockwelle aus, zwei weitere Regionalbanken mussten seither dicht machen

und die Mittelgroße First Republic Bank konnte nur dank der Hilfe von US-Großbanken gerettet werden.

Weitere Mittelgroße und kleinere Banken befinden sich in Skiflage.

Zwar hat sich die Panik unter Anlegerinnen und Anleger nach dem UBS-Dil vorübergehend etwas gelegt.

Doch Analisten bezweifeln, dass genügend Vertrauen geschaffen werden konnte.

Die Ereignisse der letzten Tage haben Ängste geschürt und die Finanzmärkte stehen nach wie vor unter Druck.

Die Krise ist noch lange nicht vorbei, so der TNO in den USA.

Wie sieht das in Großbritannien aus? Auslönten, Patrick Wöser.

Dass Schweizer Bundesrätinnen und Bundesräte in den britischen Medien namentlich erwähnt und erst noch gelobt werden, kommt eher selten vor.

Heute war jedoch so ein Tag. Die Schweizer Regierung habe entschlossen und richtig gehandelt, schreibt die Times.

Durch die Zwangsheirate Credit Suisse mit der UBS sei die internationale Finanzwelt vor größerem Schaden bewahrt worden.

Doch damit ist die Euphorien London bereits erschöpft.

In der City führten einige tausend CS-Bankangestellte seit gestern um ihren Job.

Einige seien bereits am Freitag nicht mehr im Büro aufgetaucht, schreibt der Sandra in Telegraph. Stattdessen hätten sie in Weise Voraussicht zu Hause Stelleninsrate studiert.

Die BBC staunt über die Risikofreude des Bundesrates.

Die erste Sturmböe sei zwar nun abgewettet, den Kollaps seiner systemrelevanten Großbank habe die Schweizer Regierung erfolgreich verhindert, aber gleichzeitig einen neuen Koloss geschaffen. Dieses Risiko einzugehen sei von der Regierung eines kleinen Landes ziemlich mutig.

Ein mutiger, vielleicht gewagter Schritt der Schweizer Regierung urteilt die BBC, während in Berlin Regierung und Behörden darum bemüht sind, die Krise nicht auf Europa übergreifen zu lassen.

Deutschland-Korrespondentin Simon Pfadzer.

Bundeskanzler Olaf Scholz beruhigte. Er liest durch einen Sprecher ausrichten, man sei ganz anders aufgestellt als noch vor 15 Jahren.

Gesetzgeber und Bankenaufsicht in Europa hätten aus der Finanzkrise 2008 gelernt und die Bankenregulierung erheblich verschärft.

Das deutsche Finanzsystem ist stabil versichert auch Finanzminister Christian Lindner wie Ersprecherin.

Das deckt sich mit der Einschätzung der deutschen Finanzaufsichtbarfinde von Widerstandsfähigkeit sprach.

Ganz anders Marcel Fratscher, Präsident des angesehenen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Er Sorge sich vor einer Panik auf den Kapitalmärkten.

Niemand kann zu diesem Zeitpunkt ausschließen, dass es auch in Deutschland und Europa zu einer Bankenkrise mit signifikanten Kosten für Wachstum und Wohlstand kommen wird,

sagte er der Nachrichtenagentur Reuters. Finanzkrisen seien per Definition kaum vorhersehbar.

Als Gegengewicht zur Finanzlobby versteht sich Finanzexperte Gerhard Schick, ehemaliger grüner Bundestagsabgeordneter,

bei Zeit online Sprache von einem Wahnsinnsritt und einem Poker übers Wochenende. Einmal mehr würde riskantes Verhalten belohnt auf Kosten der Gesellschaft.

Schließlich reibt man sich auch hier in Deutschland die Augen über die schiere Größe der neuen Bank.

In den Worten eines Wirtschaftsredaktors vom Deutschlandfunk hieß es bisher too big to fail, heißt es jetzt really, really too big to fail.

Mit dem Blick nach Deutschland von Simon Pfadzer beschließen wir unsere Berichterstattung zur CS-Übernahme für den Moment.

Das anderthalb Grad Ziel, das Ziel also, die Erderwärmung auf dieser anderthalb Grad zu begrenzen, ist erreichbar.

Das steht in einem neuen Bericht des Weltklimarats, der heute erschienen ist und der die Ergebnisse der Forschung zum Klimawandel aus den vergangenen Jahren zusammenfasst.

In dem Bericht steht aber auch, dass die Staatengemeinschaft das 1,5 Grad Ziel weit verfehlt mit gravierenden Folgen,

wenn sie nicht rasch und drastisch die Treibhausgasemissionen senkt. Klaus Ammann.

Wenn die Staaten so weitermachen wie bisher, wird sich die Erde um rund drei Grad erwärmen.

Die Folgen für Mensch und Umwelt werden immer gravierender, stürmer, heftiger, dünner, langwieriger.

Die Hauptaussagen des Syntheseberichts kommen wenig überraschend, aber sie sind besser belegt als je zuvor.

Zum Beispiel kennen die Wissenschaft die Risiken, die ein zusätzliches Zehntel Grad Erwärmung mit sich bringen, heute viel besser,

als noch beim letzten Synthesebericht vor dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens, sagt ETH Klimawissenschaftlerin Sonja Seneviratne,

eine Co-Autorin des Berichts.

Damals war zum Beispiel ein 2 Grad Szenario schon betrachtet, das ein eigentlich optimales Szenario.

Mittlerweile wurde er erkannt, dass sogar mit 2 Grad sehr hohe Risiken eingehen würden.

2 Grad Erwärmung wären also bereits sehr gravierend.

Beobachterinnen und Beobachter sind deshalb erleichtert, dass das 1,5 Grad Ziel laut dem Weltklimarat noch erreichbar ist.

Das sei es allerdings nur, wenn die Treibhausgasemissionen, die aktuell weltweit immer noch steigen, bis 2030 halbiert würden, betont Sonja Seneviratne.

Es ist wirklich entscheidend, weil wir für eine Stabilisierung auf einem gewissen Temperaturniveau nur einen bestimmten CO₂-Bücher haben.

In diesem Zusammenhang hat der Weltklimarat auch positive Feststellungen gemacht.

Eine wachsende Anzahl Länder schaffe es ihren CO₂-Ausstoß, inklusive der Emissionen durch Importe, zu reduzieren.

Betont Anthony Pad, Professor für Klimapolitik an der ETH Zürich und auch Co-Autor eines Teilberichts.

Die Schweiz zählt zu den Ländern, wo unsere inlande Emissionen schon am sinken sind, aber nicht, wenn auch der Konsum mit eingerechnet wird.

Anthony Pad hofft, dass die Länder aufgrund des Berichts, den sie ja allesamt gut geheißen haben, nun rasch mehr Unternehmen.

Denn unser Bericht zeigt, mehr ist möglich, mehr ist kostengünstig, es gibt Möglichkeiten mehr zu tun und das ist auch sehr notwendig jetzt.

Ähnliche Hoffnungen hegen Klimaschutzorganisationen.

Thomas Häusler, Klima- und Energieexperte beim WWF Schweiz betont zum Beispiel, dass die

Natur, Wälder und Meere viel klimaschädliches CO₂-Aufnahme.

Aber der Bericht warnt, wenn die Erwärmung weiter zunimmt, dann nimmt diese Aufnahmefähigkeit ab.

Darum müssen wir die Erwärmung bremsen und gleichzeitig die Natur schützen und sie dort stärken und aufbauen, wo wir sie in den letzten Jahrzehnten geschädigt haben.

Hilfswerke wie die Fasten-Aktion ihrerseits begrüßen, dass der Weltklimarat auch die sogenannte Klimagerechtigkeit thematisiert und festhält, dass oft die Ärmsten am stärksten unter dem Klimawandel leiden, ob schon sie die geringste Schulter ran trifft.

Der neue Synthesebericht des Weltklimarats wird das Grundlage dienen an der nächsten Klimakonferenz im Dezember in Dubai, wenn die Staatengemeinschaft wie im Pariser Klimaabkommen vorgesehen die Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel überprüfen und sich neue Ziele geben soll.

Das also die Resultate des neuesten Berichts des Weltklimarats und die Reaktionen darauf. Es ist bei Weitem nicht der erste solche Bericht, der feststellt, dass die Situation, gelinde gesagt, sehr herausfordernd ist.

Und trotzdem ist in den letzten Jahren deutlich zu wenig passiert, um den Klimawandel tatsächlich zu bremsen. Klaus Ammann deshalb die Nachfrage an Sie, welche Wirkung kann ein solcher Bericht überhaupt haben?

Es gibt immer wieder Impulse in der internationalen Klimapolitik, die ohne dass das vielleicht so offensichtlich ist, auf die Erkenntnisse des Weltklimarats zurückgehen.

So zum Beispiel der letzte Bericht vor fast neun Jahren, der hat ein erstes Mal von sogenannten CO₂-Büchern gesprochen und unterdessen ist das Bild vom Büchernmissionen, das uns noch zur Verfügung steht, weit verbreitet in der Politik auch.

Oder die Tatsache, dass die Forschung immer genauer weiß, welche Schäden, wo und wie dem Klimawandel angelastet werden können, hat dazu geführt, dass die Forderung an der letzten Klimakonferenz Erfolg hatte, dass die reichen Länder, die armen Länder für Schäden und Verluste durch den Klimawandel,

entschädigen sollen. Und nicht zuletzt sollte man meiner Meinung nach nicht unterschätzen, dass diese Berichte im Konsens unter den Ländern verabschiedet werden, dass die Länder sich also gegenseitig quasi darauf behaften können oder auch von ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen damit konfrontiert werden können,

sofern es denn in einem Land solche Organisationen überhaupt gibt. Und schließlich muss man einfach sagen, was wenn diese Berichte gar nicht gäbe. Immerhin sind in den letzten Jahren die Emissionen deutlich tiefer ausgefallen, als wenn gar nichts gemacht worden wäre.

Die Einschätzung von Wirtschaftsredaktor Klaus Ammann. Vielen Dank. Die EU-Staaten wollen gemeinsam Munition im Umfang von zwei Milliarden Euro kaufen. Darauf haben sich heute die Außen- und Verteidigungsminister geeinigt.

Die Staats- und Regierungschefin in der Europäischen Union werden diesen Schritt Ende Woche bestätigen. Der Entscheid ist bemerkenswert, denn er beinhaltet eine europäische Kooperation in Verteidigungsfragen, die bis vor Kurzem noch als unwahrscheinlich galt. Ausbrüssel EU-Korrespondent Charles Liebherr.

Eine Million Granaten benötige die Ukraine, sagt der Außenbeauftragte der EU Joseph Borrell, und zwar schnell, so günstig wie möglich und in der geforderten Menge.

Die EU kennen die Bedürfnisse der Ukraine und werden diese erfüllen, so Borrell.

Das tönt nach Routine in der Europäischen Union. Tatsächlich ist es aber eine historische Premiere, denn bisher wollte die Mehrheit der EU-Länder nichts von gemeinsamen Einkaufsprogrammen für ihre Armeen wissen.

Der Krieg in der Ukraine hat wie damals die Corona-Pandemie eine alte Logik auf den Kopf gestellt. Damals waren es Impfstoffe, welche die 27 EU-Staaten gemeinsam einkauften, nun, sondern es vor allem 155 mm Artilleriegranaten sein.

Ziel müsse es sein, die Ukraine bis Ende Jahr mit einer Million Granaten versorgen zu können, so der neue deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Man muss es deutlich sagen, das ist Neuland, das hat es in der Form noch nicht gegeben. Wir beschreiten hier einen neuen Weg bei der kooperativen Beschaffung in Europa.

Der Plan hat drei Pfeiler. Zunächst entschädigt die EU aus ihrem Budget. Mitgliedsstaaten in der Höhe von einer Milliarde Euro, dafür, dass diese aus ihren Beständen so viel Munition an die Ukraine liefern wie möglich.

In einem zweiten Schritt koordinieren die EU-Staaten ihre Ersatzbestellungen. Umfang auch da rund eine Milliarde Euro.

Die tatsächlichen Bestände der EU-Länder sind natürlich geheim, aber die EU-Kommission rechnet grob mit diesem Finanzbedarf.

Dritter Pfeiler des während Wochen ausgehandelten Kompromisses rund ein Dutzend Waffenfabriken in der EU werden dabei unterstützt, ihre Produktionskapazitäten dauerhaft zu erhöhen, damit in den kommenden Jahren Nachschub garantiert ist.

Europas Verteidigung müsste sich an eine neue Realität anpassen, meinte der finnische Außenminister Pekka Havisto. Was ausgelegt war, für Friedenszeiten sei heute nicht mehr ausreichend.

Europas müssen nun die Produktion von Munition an Kriegszeiten anpassen, um der Ukraine zu helfen, so Pekka Havisto.

Diese Aussage macht deutlich, von welchem Szenario die europäischen Außen- und Verteidigungsminister ausgehen.

Sie rechnen damit, die Ukraine über eine längere Zeit mit Waffen und Munition unterstützen zu müssen.

Die EU-Kommission glaubt, dass der gemeinsame Einkauf von Munition die Lieferfristen für Granaten um sechs bis acht Monate verkürzen kann.

Diesen Plan müssen nun noch die 27 EU-Staats- und Regierungschefs Ende Woche bestätigen, wenn dies an einem EU-Gipfel treffenden Brüssel die neusten Entwicklungen im Ukraine-Krieg besprechen.

Das war das ECHO der Zeit mit Redaktionsschluss um 18.39 Uhr. Verantwortlich für die Sendung Massimo Agostinis, für die Nachrichten Adrian Huber am Mikrofon Christina Scheidegger.